

An das

Bundeskanzleramt  
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz  
und die  
Hessische Staatskanzlei  
Herrn Ministerpräsident Boris Rhein

Nachrichtlich an die zuständigen Parlamentarier für den Landkreis Waldeck-Frankenberg  
Mitglieder des EU-Parlaments  
Mitglieder des Bundestages  
Mitglieder des Landtages

Korbach, 27.02.2023

## **Offener Brief des Landkreises Waldeck-Frankenberg und seiner Städte und Gemeinden**

Allendorf (Eder), Bad Arolsen, Bad Wildungen, Battenberg (Eder), Burgwald,  
Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden  
(Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Korbach, Lichtenfels, Rosenthal, Twistetal,  
Vöhl, Volkmarsen, Waldeck und Willingen (Upland)

### **zum Thema Zustrom von Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein,

- Uns Verantwortliche vor Ort treiben, unabhängig unserer Parteiherkunft, die gleichen Sorgen um: Wie schaffen wir es, den beispiellosen Zuzug von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und Asylzuwanderern aus anderen Staaten so zu bewältigen, dass am Ende nicht nur Verlierer dastehen?
- Wir müssen an dieser Stelle nicht betonen, dass unsere Kommunen grundsätzlich bereit sind, humanitäre Hilfe für Menschen in Not, im Rahmen unserer Möglichkeiten, zu gewähren und dass alle Unterzeichner für eine weltoffene Gesellschaft stehen. Dies ist selbstverständlich und eint uns.

Ziel dieses offenen Briefes ist es, rechtzeitig darauf hinzuweisen, dass wir vor Ort immer mehr an die Grenzen des Machbaren gelangen.

- Es sind besondere Kraftanstrengungen notwendig, die alle grundlegenden Fragen, wie Unterkunft, frühkindliche Integration in den Kindertagesstätten, lückenlose Schulbildung, Berufsausbildung sowie Einfädung in den Arbeitsmarkt betreffen. All das ist eine Zukunftsfrage, eine Aufgabe, die auf Jahre angelegt ist und mit einer entsprechenden Weitsicht angegangen werden muss. Wer diese Dimension erkennt, muss sich fragen, worauf die Bundesregierung eigentlich noch wartet.  
2022 war das Jahr mit der stärksten Zuwanderung von Schutzsuchenden seit Bestehen der Bundesrepublik.

- Aber der Problemdruck steigt weiter. Die in diesen Tagen beginnende Frühjahrsoffensive der russischen Armee in der Ostukraine wird erneut Hunderttausende aus dem leidgeprüften Land zur Flucht bewegen. Auch dafür müssten jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

- Eine vordringliche Herausforderung ist und bleibt, menschenwürdige Unterkünfte zu finden und das auf einem mittlerweile leer gefegten Wohnungsmarkt. Eine Unterbringung, die nach den Pandemie Jahren nicht wieder Schüler und Vereine betreffen darf und deshalb jenseits von Turnhallen organisiert werden muss.

Bleibe als Alternative nur der Aufbau von Zelt- und Containerunterkünften. Auch hier kommt der Beschaffungsmarkt inzwischen an seine Grenzen.

- Aber, wie sollen wir diese Probleme lösen?  
Genauso wie auch den Mangel an Personal – ob hauptamtlich oder ehrenamtlich?

(Anmerkung zum ehrenamtlichen Personal:

Viele Helfer sind nach der Corona-Pandemie und der immer noch erforderlichen Begleitung zahlreicher ab 2015/2016 zu uns gekommener Menschen aus Syrien, der Türkei oder Afghanistan erschöpft. Das gilt sowohl für das Haupt- wie auch für das Ehrenamt. Um es mit Joachim Gauck zu sagen: „Das Herz des Deutschen ist nach wie vor groß, aber die Möglichkeiten sind begrenzt.“)

- Seit Jahren helfen wir vielen Menschen, hier in Sicherheit zu leben. Das schaffen wir nur durch den unglaublichen Zusammenhalt der kommunalen Familie und der vielen Helfer vor Ort. Wir sind sehr leistungsstark, haben aber mittlerweile den Eindruck, dass derzeit offenbar getestet werden soll, wo unsere Grenzen liegen bzw. wann sie überschritten werden.

### **Wir fragen daher:**

- Wie sollen wir die nötigen Unterkünfte und Wohnungen generieren?  
(Anmerkung: Die Lage am Wohnungsmarkt verschärft sich massiv durch die Fluchtbewegungen. Schon heute finden viele ansässige Familien nur noch schwer adäquaten Wohnraum.)

### **Wir fordern deshalb:**

- Aktives Steuern und Begrenzen des Zustroms an Flüchtlingen (z.B. aus den Ländern Nordafrikas)
- Mehr Erstaufnahmeunterkünfte auf Bundes- und Landesebene, um den enormen Unterbringungsdruck, dem die Landkreise, Städte und Gemeinden derzeit ausgesetzt sind, zu verringern.
- Sicherheit bei der Feststellung von Identität und Strafregister.
- Aktive Rückführung von Menschen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, damit wir unsere Ressourcen für die einsetzen können, die wirklich unserer Hilfe bedürfen!
- Konsequente Anwendung von Gesetzen, um der aktuellen Lage gerecht zu werden. (Anmerkung: Die angekündigte „Rückführungsoffensive“ ist bisher nicht erkennbar.)
- Garantie des Bundes, dass sämtliche, flüchtlingsbedingten Kosten nicht auf der kommunalen Ebene hängen bleiben.
- Keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in die Bundesrepublik Deutschland zu begeben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein,

**Wir kommen an unsere Grenzen.**

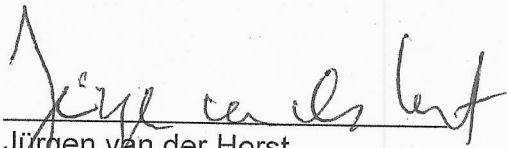
**Wir brauchen Unterstützung.**

**Wir brauchen klare Antworten und das sofort.**

In einem Hilferuf des Landkreises Main-Taunus an die Bundesregierung steht:  
„Bitte überfordern Sie unsere Strukturen nicht, helfen Sie uns, den Menschen zu helfen.“

Dem können wir uns nur anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

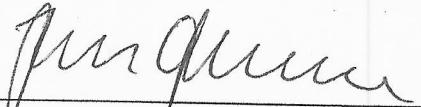


Jürgen van der Horst  
Landrat des Landkreises  
Waldeck-Frankenberg



Karl-Friedrich Frese  
Erster Kreisbeigeordneter des  
Landkreises Waldeck-Frankenberg

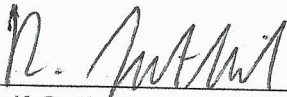
sowie die Bürgermeister



Claus Junghenn  
Bürgermeister Allendorf (Eder)/  
Bromskirchen



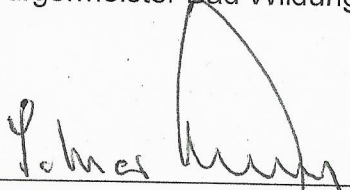
Marko Lambion  
Bürgermeister Bad Arolsen



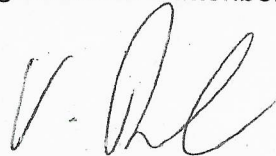
Ralf Gutheil  
Bürgermeister Bad Wildungen



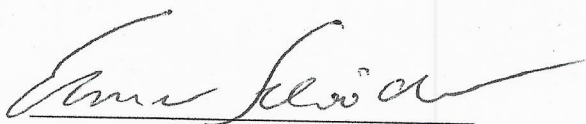
Christian Klein  
Bürgermeister Battenberg (Eder)



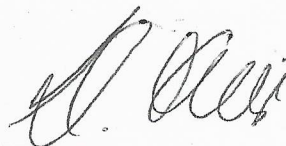
Lothar Koch  
Bürgermeister Burgwald



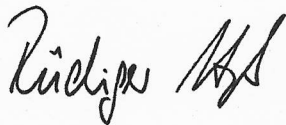
Volker Becker  
Bürgermeister Diemelsee



Elmar Schröder  
Bürgermeister Diemelstadt




Klaus Gier  
Bürgermeister Edertal

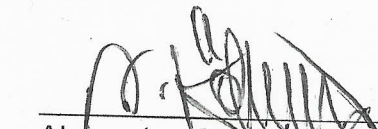



Rüdiger Heß  
Bürgermeister Frankenberg/Eder

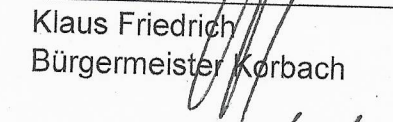


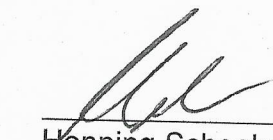
Manuel Steiner  
Bürgermeister Frankenau

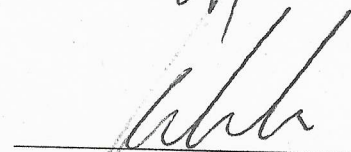
  
Frank Gleim  
Bürgermeister Gemünden (Wohra)

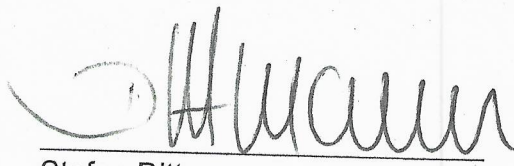
  
Alexander Köhler  
Bürgermeister Haina (Kloster)

  
Dirk Junker  
Bürgermeister Hatzfeld (Eder)

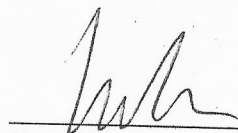
  
Klaus Friedrich  
Bürgermeister Korbach


  
Henning Scheele  
Bürgermeister Lichtenfels

  
Stefan Jakob  
Bürgermeister Rosenthal

  
Stefan Dittmann  
Bürgermeister Twistetal

  
Karsten Kalhöfer  
Bürgermeister Vöhl

  
Hendrik Vahle  
Bürgermeister Volkmarsen

  
Jürgen Vollbracht  
Bürgermeister Waldeck

  
Thomas Trachte  
Bürgermeister Willingen